

URL: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/;art141,2117738>

Gute Politik braucht gute Daten

Warum Deutschland eine umfassende Volkszählung braucht

18.7.2006 0:00 Uhr

Von Daniel Dettling Wir sind Papst, wir sind Deutschland, wir werden Fußball-Weltmeister. Doch wer sind „wir“ tatsächlich? Zuverlässige Daten über die in Deutschland lebenden Menschen fehlen seit der letzten Volkszählung vor mehr als 20 Jahren. Ohne eine genaue Bevölkerungsstatistik lässt sich das Reformprogramm der großen Koalition nur unzureichend verwirklichen und können Länder und Kommunen nicht vernünftig planen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es, dass sich Deutschland an der für 2011 anstehenden Zensus-Runde beteiligen will.

Damit steht das Land vor der nächsten Volkszählung. An der weltweiten Zählung vor sechs Jahren haben sich alle jetzigen EU-Länder mit Ausnahme von Deutschland und Malta beteiligt. Deutschland hat nach Meinung von Experten das weltweit schlechteste Datenmaterial. Möglichst genaue und umfassende Daten sind jedoch Grundlage zahlreicher Politikbereiche, wie etwa der Föderalismusreform: Jene Länder, die in den Finanzausgleich einzahlen und in denen die Bevölkerung wächst, haben ein besonderes Interesse an einer Volkszählung. Bei der letzten im Jahr 1987 musste die Zahl der Wohnungen um eine Million nach unten korrigiert werden; Bremen verzichtete auf eine geplante U-Bahn und sparte so mehr als eine Milliarde ein.

Ein aktuelles Beispiel ist die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer: Offiziellen Zahlen zufolge leben hier sieben Millionen Ausländer. Der Mikrozensus für das Jahr 2005 hat vor wenigen Wochen diese Zahl verdoppelt: In Wahrheit sind es 15 Millionen. Nach dem ausländischen Hintergrund der Familie war nie gefragt worden. Bei der Frage, wie hoch der Anteil der kinderlosen Akademikerinnen ist, läuft ein Streit unter den Statistikern. Hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung vor wenigen Wochen noch eine Quote von 25 Prozent genannt und damit die Zahl der Bundesregierung von 40 Prozent erheblich nach unten korrigiert, veröffentlichte das Bundesamt für Statistik unmittelbar danach in seinem Mikrozensus eine Quote von 30 Prozent. Das Bundesamt befragte jedoch nur Personen nach Kindern, die zum Zeitpunkt der Umfrage in ihrem Haushalt leben. Frauen, deren Kinder das Haus bereits verlassen haben, gelten demnach für die Zähler ebenfalls als „kinderlos“.

Dass Deutschland in zentralen Politikfeldern wie der Familien-, Integrations- und Bildungspolitik Jahrzehnte verloren hat, liegt somit auch an der katastrophalen Datenlage. Nur eine umfassende Volkszählung kann diesen Zustand ändern und stellt eine Basis für einen jährlichen Abgleich der Daten dar. Ein Verfahren, das jedoch nur mit den vorhandenen Registern arbeitet, ist nicht nur methodisch problematisch, sondern erreicht lediglich zehn Prozent der Bevölkerung im Vergleich zu einer „Vollzählung“ per Post und Hausbesuch.

Und der öffentliche Widerstand? Im Vorfeld der Volkszählung 1987 gab es massive Proteste und Aufmärsche der Gegner. Das Volk nahm dennoch zu 99 Prozent an der

Zählung teil – die niedrigste Verweigerungsquote aller Nachkriegszählungen in Deutschland. Der Bürger hat ein Recht auf informationelle Selbstbestimmung, weiß aber auch, dass er nicht alleine mit seinen Daten lebt, sondern auf öffentliche Infrastrukturleistungen angewiesen ist. Die traditionelle Volkszählung fragt die hierfür nötigen Daten ab, während das Registerverfahren versucht, diese quasi hinter dem Rücken der Bürger herauszufinden. Eine umfassende Volkszählung muss dem Staat etwas wert sein und darf nicht an Kostengründen scheitern. Die geschätzten Kosten von einer Milliarde Euro sind um ein Vielfaches geringer als die Folgen einer unzureichenden Datenlage und die damit verbundenen Fehlinvestitionen.

Zwar führen bessere Daten nicht automatisch zu besserer Politik. Schlechte Daten machen eine solche aber nahezu unmöglich. Der demografische Wandel und der damit verbundene Rückbau lassen sich nur durch eine umfassende Volkszählung bewältigen. Die öffentliche Debatte darüber muss dringend geführt werden. Die Politik hat die Frage bislang allzu bequem an die Experten in den Statistikämtern delegiert. Wer das Volk ist, müssen die Volksvertreter klären und beantworten lassen. Die Kosten der Unkenntnis tragen sonst wir alle.

Der Autor leitet den Think Tank berlinpolis.



Sie interessieren sich für dieses Thema und wollen keinen Artikel im Tagesspiegel dazu verpassen? » **Dann klicken Sie hier.**